



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Frau Heinemann schüttelte den Kopf.

Da bin ich noch nicht gewesen; abersten ich kenn der Familie, die gnädige Frau und die Kinder. Sie haben doch in meine Nachbarschaft, in die Paulinenterasse gewohnt, und ich hab mir manchmal gewundert, was die kleine Frau sich durchslagen mußte. Der Mann war weg, und er schrieb furchbar selten. Ich wußt das von August, von den Briefträger. Wenn der zu mich in den Laden kam, denn sagt er wohl, o, Madame Heinemann, nu hab ich wieder kein Brief von Frau Wolfenrath in die Paulinenterasse, nu mag ich da nicht hin. Denn sie kuckt mir immer so wehleidig an, und ich kann da wirklich nicht bei tun, daß der Stängel von Mann sein klein Frau vergißt. Nee, August kommt da nicht bei tun. Aber nachher kam der Erbschaft; fünfhunderttausend Mark, und denn kam der Herr Baron wieder retruh. Ich hab ihm nie gesehen; aber es soll ja ein ganz ansehnlicher Mann sein. Viel an ihn ist aber doch wohl nicht gewesen, denn —

Sie hielt plötzlich inne.

Ach, mein besten Herrn, was schnack ich da, das geht Ihnen ja allens nicht an. Ich wollt man bloß sagen, daß ich die gnädige Frau auf Moorheide gut kenne. Nu ist sie ja all lang ab von ihren Mann, und der Herr Baron hat ein andre Frau, ein —

Sie knotete von neuem an ihrem Kopfstuch.

Von die Frau sprech ich nicht; ich freu mir bloß, daß ich ihr nicht kenne. Sie mag ein schmucke Person sein; dem Herrn Baron sein Herz hat sie ja wohl gestohlen; aber ich freu mir, daß ich ihr nicht kenne!

Wieder pfiß der Wind über die Heide, der Reiter richtete sich in die Höhe und trieb sein Pferd an, und Wolf Wolfenrath saß regungslos. Er hatte die Augen geschlossen und horchte auf das Knirschen der Räder im Sande. So knirschten die Gedanken manchmal in ihm, zermahlten ihn und raubten ihm die Ruhe.

Auch Madame Heinemann sagte nichts mehr. Teilnehmend betrachtete sie ihren Reisegefährten von der Seite. Er schien zu schlafen; da wollte sie ihn schlafen lassen. Aber sie mußte doch darüber nachdenken, ob dieser Herr wirklich mit ihr nach Moorheide führe, und bei der Gelegenheit nicht auch sie ein.

(Schluß folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel

Ob die Jesuitendebatte im preussischen Abgeordnetenhaus tatsächlich als Ausdruck starker Schwingungen der protestantischen Volksseele gelten darf, wird man an ihren Wirkungen ermessen können. Gelingt es, die protestantische Bevölkerung aus ihrer Apathie und Indifferenz in kirchlichen Dingen zu befreien und sie zu einem wirklichen kirchlichen Leben zu erwecken, so wird sich schon aus diesem Grunde die Aufhebung des Paragraphen 2 des Jesuitengesetzes und der dabei von protestantischer Seite geleistete Widerstand als ein Segen erweisen. Aber nachhaltig muß dieser Widerstand sein, nicht einem augenblicklichen subjektiven Empfinden, sondern einer unbeugsamen, innerlich gefestigten Überzeugung entstammen. Das wird die Probe auf das Exempel sein. Freilich wird der evangelischen Bevölkerung, zumal in Preußen, ein solcher Aufschwung nicht wenig erschwert durch die kirchliche Zersplitterung und durch die innern Gegensätze, die oft kaum weniger scharf sind als die allgemeinen zwischen Katholizismus und Protestantismus. Während der Katholizismus eine einheitliche, fest geschlossene Front hat, geht die Auf-

fassungen, und nicht nur diese, von dem äußersten rechten Flügel der protestantischen Orthodorie bis zum äußersten linken eines kirchlichen Radikalismus weit auseinander. Dieser rechte Flügel steht dem Katholizismus, und politisch dem Zentrum, viel näher als jenem linken Flügel der eignen Glaubensgemeinschaft. Aber diese Spaltungen sind ebenso wie die zahlreichen politischen Parteibildungen unsers Bürgertums in der Hauptsache Früchte eines langen Friedens, der Nährquelle der Indifferenz und der Unzufriedenheit. Vor allen Dingen werden sich die protestantischen Geistlichen aufmachen müssen und — im besten Sinne des Worts — „in das Volk gehn.“ Proteste gegen die Aufhebung sind ja laut geworden, aber sie entbehren des elementaren Nachdrucks, der zur Berücksichtigung zwingt und der Regierung gar keine Wahl läßt. Ob es dennoch durchaus notwendig war, den Paragraphen 2 trotz früherer Reichstagsbeschlüsse aufzuheben, darüber kann man ja gewiß verschiedener Ansicht sein. Die verantwortliche Reichsleitung hat geglaubt, mit der Aufhebung das richtige zu tun, und hat sich dafür auf wiederholte positive Zeugnisse der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Abgeordneten von Bedeutung stützen können. Es ist richtig, daß diese Parteien nicht einheitlich gestimmt haben, ein Teil blieb immer Gegner der Aufhebung. Aber sehr gemäßigt denkende Männer, namentlich unter den Nationalliberalen, auch in privaten Kreisen, haben sich mit so großer Bestimmtheit für die Aufhebung ausgesprochen, daß die Regierung, wenn sie nun einmal das Zentrum in dieser Frage zu befriedigen wünschte, dies mit gutem Gewissen tun konnte. Schwierigkeiten werden sich ja in der Folge unzweifelhaft ergeben; bei Überschreitungen des Paragraphen 1 werden die Behörden oft nicht wissen, was sie zu tun haben. Sorgt das Zentrum und sorgen die Bischöfe, deren einem ja ein ganz besondrer Anteil an der Umstimmung, die die Aufhebung ermöglichte, zugeschrieben wird, nicht dafür, daß die Jesuiten in Zukunft jeden Konflikt mit dem Paragraphen 1 vermeiden, so können daraus noch recht bedenkliche und für die wünschenswerte Beruhigung nichts weniger als förderliche Folgen entstehen. Beruhigend wirkt es jedenfalls nicht, daß Zentrumsredner und Zentrumsblätter schon heute auch die Aufhebung des Paragraphen 1 in sichere Aussicht stellen. Damit rufen sie das allgemeine Mißtrauen wach und diskreditieren das Wohlwollen, das die Regierung nicht aus Vorliebe für Zentrum oder Jesuiten, sondern in der Hoffnung auf eine verständige Haltung des Zentrums gezeigt hat. Jetzt heißt es für den Protestantismus: Auf die Schanzen! Es ist ja viel weniger die Aufhebung des Paragraphen 2 an sich, als die beschleunigte und überraschende Art des Vorgehens, die einen so tiefen Eindruck gemacht hat. Das ergab sich am deutlichsten daraus, daß die Debatte im Abgeordnetenhaus rein subjektiv verlief, ohne jedes objektive Eingehn in die Sache selbst.

Der eigentliche Untergrund der Verstimmung, die in diesen Debatten nach Ausdruck rang, war wohl viel weniger die Aufhebung des Paragraphen 2, als vielmehr der Erlaß des Kultusministers wegen der marianischen Kongregationen, dessen bedenkliche Tragweite für unser Schulwesen auch in Berliner Regierungskreisen nicht verkannt wird, und schließlich auch noch die vom Bischof von Metz so recht unnötig aufgeworfne Kirchhofsfrage. Der elsässische Unterstaatssekretär Petri hat im Straßburger Landesausschuß das Vorgehn dieses von so hoher Gunst getragenen Bischofs scharf getadelt und Remedur in Aussicht gestellt; der Staatssekretär von Rölller hat es aber in einer folgenden Sitzung für nützlich gehalten, Herrn Petri nachdrücklich zu rektifizieren. Er hat sich damit in einen bedenklichen Gegensatz zur protestantischen Bevölkerung des Landes gestellt, in der sich Herr Petri der höchsten Achtung und Sympathie erfreut. Alle diese gleichzeitigen Vorgehänge sind selbstverständlich nur zu sehr dazu angetan, die Aufhebung des Jesuitenparagraphen in einem ungünstigern Lichte erscheinen zu lassen, als dies sonst vielleicht der Fall gewesen wäre. Aber täuschen darf man sich in protestantischen Kreisen darüber nicht, daß die unleugbar großen Fortschritte des Katholizismus in Deutschland, die

politische Machtstellung, die er sich erworben hat, doch wesentlich auf der Lethargie, der Indifferenz und den Spaltungen der protestantischen Bevölkerung beruht. Geht es so weiter, dann wird der Katholizismus in Deutschland bald nicht nur eine Machtstellung, sondern die Herrschaft haben. Soll die vierhundertjährige Gedenkfeier der Reformation Luthers Werk nicht im Niedergang finden, so werden seine berufenen Hüter ein großes Stück Arbeit leisten müssen!

Unsre Verlustliste in Südwestafrika wächst schnell, der Offizierverlust ist heute schon größer als während der chinesischen Expedition. Die südafrikanischen Eingebornenstämme haben sich in ihren eignen Kriegen immer als ebenso tapfere wie grausame Krieger erwiesen. Hereros wie Ovambos sind Gebirgs- und Jägervölker mit dem Unabhängigkeitsfinn jener und mit der Widerstandsfähigkeit und Schießfertigkeit dieser. Unbegreiflich ist heute, daß man ihre Bewaffnung mit guten Hinterladern in solchem Umfang erlauben konnte, und daß man nicht dafür sorgte, durch geeignete Militärstationen die portugiesische Grenze zu sperren, die Waffeneinfuhr, wenn nicht zu verhindern, so doch wesentlich zu erschweren. Leider ist wie dieses so auch vieles andre aus Ersparnisgründen unterblieben. Das Verkehrte dieser Politik wird man jetzt wohl einsehen, wo die Ersparnisse in zehn- und zwanzigfachem Umfange draufgehn, während zugleich so vielverheißende Anfänge für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vernichtet sind. Es istbarer Unsinn, wenn behauptet wird, daß Südwestafrika nichts wert sei. Die Engländer würden — wäre das der Fall — nicht so begehrlieh die Hände danach ausstrecken. Aber der wirtschaftliche Aufbau muß mit Umsicht, Verständnis und Konsequenz geleitet und gepflegt werden. Ob wir Deutschen dazu das nötige und richtige Material haben? Über eins dürfte sich die Kolonialverwaltung klar sein, mit dem Händlerwesen muß gründlich gebrochen werden. Diese herumziehenden Leute, die sich selbstverständlich nicht aus den besten Elementen rekrutieren, tragen an dem Unheil in Südwestafrika wie an den Unruhen im Großgebiet (Kamerun) einen wesentlichen Teil der Schuld. Der Handelsverkehr mit den Eingebornen sollte nur durch die mit Verkaufsstellen (Stores) ausgestatteten Faktoreien vermittelt werden, alles andre ist vom Übel und muß verboten werden. Gut geleitete und entsprechend beaufsichtigte Faktoreien werden das Vertrauen der Eingebornen gewinnen können, herumziehende, nur auf Ausbeutung bedachte Händler niemals. Andererseits müssen bei den Eingebornen in Südwestafrika die Kapitänschaften (Häuptlingschaften) beseitigt werden. Für die den künftigen Siedlungen der Eingebornen zu gebenden Vorsteher dürfen nur Persönlichkeiten in Betracht kommen, die des vollen Vertrauens, soweit in Afrika davon die Rede sein kann, der deutschen Verwaltung würdig sind, nicht Häuptlinge, denen von den Deutschen obendrein gar der Hof gemacht wird, und denen man in völliger Verkennung der Stellung des Weißen zum Schwarzen allerlei Ehren erweist! Alle diese Fehler und die Grundsätze, auf denen sie beruhen, sind leider zu spät erkannt worden; wir sind um eine teure Erfahrung reicher. Doch diese Dinge stehn erst nach völliger Unterwerfung des Aufstandes zur Erörterung. Auch bei diesen Maßnahmen beginnt der Grundsatz, sich nur auf das Allernotwendigste zu beschränken, seine Früchte zu tragen. Um Fehler zu vermeiden, die vielleicht bei der chinesischen Expedition begangen worden sind, verfällt man jetzt in das entgegengesetzte Extrem. Hat man es damals — und mit vollem Recht — auf Geld nicht ankommen lassen, sondern nur die Sache im Auge behalten, so scheint man jetzt den Hauptwert auf die Geringfügigkeit der Kosten zu legen. Das ist ein Fehler, der sich in der Kriegführung immer rächen wird, zumal einem Aufstande gegenüber, wo nicht nur schnell, sondern auch so energisch und umfassend gehandelt werden muß, daß der Erfolg mit unfehlbarer Sicherheit verbürgt ist. Es hätte gleich bei den ersten Meldungen im Januar damit gerechnet werden müssen, den Hereros mindestens sechstausend Mann gegenüberzustellen, die in wenig Tagen hätten aufgeboden und auf großen Transportdampfern befördert werden müssen, wie es mit dem Seebatalion in so anerkennt-

werter Weise geschehen ist. Deshalb werden dagegen die Schutztruppenverstärkungen löffelförmig hinausgeschickt auf Wörmanddampfern?

Der Gouverneur hat jetzt telegraphiert, er brauche noch tausend Mann. Diese gehen in drei Transporten innerhalb dreier Wochen, statt in einem Transport innerhalb von acht Tagen ab. Der letzte kommt erst Anfang Mai nach Afrika, und das alles bei einem im Januar ausgebrochenen Aufstande, der jetzt Ende März schon unterdrückt sein sollte und sein könnte. Je länger die Sache dauert, desto teurer wird sie an Menschenkräften und Menschenleben, desto später erfolgt die Rückkehr zu normalen Verhältnissen. Wir werden mit Aufständen in unsern Kolonien noch lange zu rechnen haben, immer wieder werden Truppenentsendungen mit größter Beschleunigung notwendig werden; sollte sich da nicht durch schneller funktionierende Organisationen vorsorgen lassen? Es mag ja gewiß erschwerend sein, daß Kolonialverwaltung und Kriegsministerium, zwei oberste Behörden, dabei mitzuwirken haben. Um so mehr ist die Forderung berechtigt, daß die Schutztruppen unter das Kriegsministerium gestellt werden, das sie doch stellen und ausrüsten muß. Der jetzige Modus, wonach die Kolonialverwaltung mit dem Kriegsministerium umständlich abrechnen muß, ist doch wirklich nur bei unserm übertriebenen Bürokratismus und unserm rein schematischen Parlamentarismus möglich und findet sich bei keiner andern Nation. Auch in dieser Beziehung haben wir noch viel zu lernen.

§

Wohin treiben wir? Das deutsche Volk befindet sich augenblicklich wieder in einer Lage, die vielen Preisen sehr angenehm zu sein scheint, nämlich sich über einen andern Teil ereifern und erbittern und zugleich die Reichsregierung aufs schwerste anklagen zu können. So ist man eifrig dabei, den Jesuiten eine höchst wirksame und für die Bedeutung des Ordens höchst schmeichelhafte Reklame zu machen. Daß die Jesuiten den katholischen Kirchenbegriff schärfer ausgebildet haben als jede andre geistliche Gemeinschaft, und daß sie deshalb eine so strenge Unterordnung des Einzelnen unter die Befehle der Obern fordern, wie keine andre, daß sie also im allerstärksten Gegensatz zu der freien Selbstbestimmung des Protestantismus und zu dem Selbstständigkeitstriebe der germanischen Natur stehn, das ist ja unbestreitbar. Aber sie prägen doch eben das, was die römische Kirche überhaupt ist, nur schärfer aus, und wir müssen uns doch auch die römische Kirche in Deutschland gefallen lassen, wir können die historische Entwicklung, die unsre Nation nun einmal konfessionell gespalten hat, nicht rückgängig machen, wir können die römische Kirche als eine mächtige Organisation, die mächtigste Organisation der Welt, nur soweit in ihrer Entfaltung gesetzlich einschränken, als es unser nationales Interesse, das heißt der konfessionelle Friede eines konfessionell gemischten Volkes und die Staatshoheit verlangen. Im übrigen darf der Kampf, als ein Kampf geistiger Gegensätze, nur mit geistigen Waffen geführt werden; aus der kulturkämpferischen Stimmung müssen wir endlich herauskommen. Aber jetzt gebärdet man sich, als ob die Jesuiten zum erstenmal nach Deutschland kämen, als ob sie nicht schon vor 1872 dagewesen wären. Und doch handelt es sich gar nicht einmal um die Aufhebung des ganzen Gesetzes, sondern nur darum, daß eine Bestimmung beseitigt wird, die den Katholiken unbillig und gehässig erscheint. Man überlege sich doch auch einmal ruhig: gegenüber der Sozialdemokratie, die den Klassenhaß schürt und der ganzen bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung den Krieg bis aufs Messer erklärt, die sich bei jeder Gelegenheit offen ihrer Vaterlandslosigkeit gerühmt hat und über Millionen von Anhängern verfügt, ist das Ausnahmegesetz schon 1890 aufgehoben worden; gegen die ausgewiesenen deutschen Jesuiten, eine kleine Anzahl jedenfalls gelehrter und gebildeter Männer, die nur einen bestimmten Kirchenbegriff vertreten, ist es bis jetzt bestehn geblieben und sollte nach der im protestantischen Deutschland vorwiegenden Stimmung weiter bestehn bleiben. Unter „Ausnahmegesetz“ verstehen wir aber hier nur den aufgehobnen Paragraphen 2 des Jesuitengesetzes, insofern er deutschen Angehörigen des Ordens allgemeine bürgerliche

Rechte verweigerte, keineswegs das ganze Gesetz, das den Orden als solchen vom Reichsgebiet ausschließt und Niederlassungen verbietet. Denn es versteht sich von selbst, daß jeder Staat kraft seiner Souveränität, seines Obergewichtsrechts über die Kirche, des *jus circa sacra*, das Recht hat, Genossenschaften irgend welcher Art, also auch geistliche Orden, zuzulassen oder zu verbieten (vergl. Treitschke, Politik I, 347 f.), wie bekanntlich zum Beispiel die sächsische Verfassung die Neugründung von Ordensniederlassungen schlechthin untersagt; der Kern des Jesuitengesetzes, Paragraph 1, hat also gar nicht den Charakter eines Ausnahmegesetzes, und unter diesem Titel kann niemand seine Aufhebung verlangen. Es konnte deshalb auch von Anfang an mit voller Bestimmtheit gesagt werden, daß die Reichsregierung an eine Aufhebung des ganzen Gesetzes gar nicht denke, und das hat jetzt der Reichskanzler im preussischen Abgeordnetenhaus noch sehr nachdrücklich erklärt.

Nun fürchtet man freilich, daß einzelne Jesuiten, wenn sie zurückkehren, unter irgend welcher Verhüllung — und man traut ihnen ja alle mögliche Hinterlist zu — doch Niederlassungen errichten werden, daß sie für ihre Kirche Propaganda machen werden und dergleichen mehr. Nun, die Propaganda liegt im Wesen jeder Kirche, und auch die protestantische Propaganda ist, wenn sie auch keineswegs von den evangelischen Landeskirchen ausgeht, im deutschen Böhmen jetzt eben rege genug. Es kann also ja sein, daß gewandte Jesuiten, die an Welterfahrung und Gelehrsamkeit gewiß sehr ernste Gegner sind, hier und da einige Konvertiten machen und als Beichtväter in vornehmen katholischen Familien einigen Einfluß gewinnen. Aber Konversionen gerade in solchen Kreisen sind auch bis jetzt schon vorgekommen, davon weiß man zum Beispiel in Sachsen ein Lied zu singen, ohne daß dem katholischen Königshaus dabei irgend ein Vorwurf zu machen wäre. Aber was die Hauptsache ist, eine erzieherische Tätigkeit, wie die Jesuiten sie sonst im großen Maßstabe ausüben — das Jesuitengymnasium in Mariaaschein bei Teplitz hat zum Beispiel über zweihundert Zöglinge —, bleibt ihnen im Deutschen Reich nach wie vor verschlossen, denn sie dürfen keine Niederlassungen gründen.

Das ist der Tatbestand. Und deshalb wird ein Lärm geschlagen, als wenn die „Seligmacher“ des Grafen Dohna in Anmarsch wären. Man bestreitet mit allerlei Rechtsgründen die Verfassungsmäßigkeit des Bundesratsbeschlusses, man nimmt Anstoß daran, daß er nur mit einfacher Mehrheit und gegen mehr als vierzehn Stimmen gefaßt ist, als wenn es sich um eine Verfassungsänderung handelte, als wenn jede Majorisierung grundsätzlich vermieden werden und womöglich die unsinnige Stimmenverteilung des alten Bundestags als „engern Rats,“ die den Bund schließlich zersprengt hat, oder gar das *liberum veto* des polnischen Reichstags, das Polen zugrunde gerichtet hat, eingeführt werden müßte, als wenn nicht sogar Preußen bei der Errichtung des Reichsgerichts in Leipzig von den Mittel- und Kleinstaaten überstimmt worden wäre, zwei Drittel des Reiches durch die Stimmen des letzten Drittels! Auf welche Weise sollte denn auch ein Beschluß wieder rückgängig gemacht werden, den Bundesrat und Reichstag mit Mehrheit gefaßt haben und der Kaiser mit seiner Unterschrift veröffentlicht hat? Man faselt von der Wiederherstellung eines *Corpus Evangelicorum*, einer übrigens ziemlich unwirksamen Einrichtung des Westfälischen Friedens, und bedenkt dabei gar nicht, daß dieses ein *Corpus Catholicorum* zur Folge haben müßte, daß beide die konfessionell geschlossenen Territorien des siebzehnten Jahrhunderts zur Voraussetzung hatten, die Gott sei Dank längst nicht mehr existieren, da alle deutschen Staaten heute konfessionell mehr oder weniger gemischt sind, daß dies die konfessionelle Spaltung in den Bundesrat und in den Reichstag tragen hieße, daß endlich die kirchlichen Angelegenheiten im wesentlichen Sache der Einzelstaaten und nicht des Reiches sind, daß ja nicht einmal einen Gesandten am Vatikan unterhält, wie bis 1872, sondern die diplomatische Vertretung bei der Kurie Preußen und Bayern überläßt, daß deshalb auch der „Kulturkampf“ rechtlich eine preussische Angelegenheit war und keine allgemein deutsche. Man unterwirft die einzelnen Regierungen einer peinlichen Befragung nach ihrer Abstimmung im Bundesrate und spricht ihnen dann,

falls sie günstig ausfällt, seine Anerkennung aus, obwohl dieses Verfahren, die einen auf Kosten der andern loben, allen Grundsätzen der Bundesfreundschaft widerstreitet, wie das erst jüngst der General Endres bei einer andern Gelegenheit im Reichstage unter allgemeinem Beifall ausgeführt hat. Soll das etwa bei jedem Beschluß des Bundesrats, der einer Partei nicht gefällt, Mode werden? Man ruft in einem Atem das Gewissen des deutsch-protestantischen Volkes und die vielgeplagten „Imponderabilien der Volksseele“ auf und klagt doch über seine kirchliche Gleichgiltigkeit, und man sieht nicht ein, daß man mit dem allen, mit dieser abergläubischen Angst vor ein paar Duzend Jesuiten dem Protestantismus ein Armutszeugnis sondergleichen ausstellt, das er wahrhaftig nicht verdient. Kein Mensch bedroht die Glaubens- und Gewissensfreiheit in Deutschland, die Grundlage unsrer ganzen geistigen Kultur für Protestanten wie für Katholiken, die wir uns niemals nehmen lassen sollen und werden; aber wenn das so weiter gehn sollte, so würden wir in einer Lage, wo die schwersten Machtfragen am politischen Horizonte stehn, in einen widerwärtigen konfessionellen Hader hineintreiben. Dafür träfe dann auch die katholische Presse und das Zentrum die Verantwortung, da sie immer und immer wieder die Aufhebung des ganzen Jesuitengesetzes verlangen, das eben kein Ausnahmegesetz ist, denn diese Aufhebung ist — darüber kann kein Zweifel bestehen — bei der jetzigen Stimmung der deutschen Protestanten unmöglich. Nicht die Durchführung irgend welches Kirchenideals ist für uns die Hauptsache, sondern der Friede und die Eintracht innerhalb der deutschen Nation. Diesem Zwecke haben sich alle Kirchengemeinschaften zu beugen.

Unser jetziges Heerwesen. Es ist kaum glaublich, welche Menge von Büchern und Schriften der Bilsche Roman „Aus einer kleinen Garnison“ und die Beyerleinschen Erzeugnisse „Jena oder Sedan“ und „Der Zapfenstreich“ in kurzer Zeit hervorgerufen und auf den Markt gebracht haben. Wir Deutschen haben damit wieder einmal den Beweis geliefert, daß wir selbst immer unser größter Feind sind. Weder der Franzose noch der Engländer wird einzelne und vereinzelt dastehende Ereignisse, die in allen Ständen und Berufsarten vorgekommen sind, vorkommen und immer wieder vorkommen werden, in die Welt posaunen und damit ihre Wehrkraft als auf dem absteigenden Ast stehend darstellen. Wir tun das, denn der Deutsche kann glückliche Zustände nicht lange ertragen. Die oben erwähnten Werke werden in Paris und in allen französischen Garnisonen mit wahrem Heißhunger gelesen. Das auch von den Franzosen so hoch geschätzte und als für ganz einwandfrei betrachtete deutsche Heerwesen soll solche Mißstände aufweisen? Ein höherer französischer Offizier, der unsre letzten Kaisermanöver in dienstlichem Auftrage mitgemacht hat, ist ganz begeistert nach Frankreich zurückgekehrt und des Lobes voll für unsre Leistungen. Und in Deutschland selbst solche Schriften?! Eine Schrift „Weder Jena noch Sedan“ von Alfred H. Fried schließt aus dem Umstande, daß wir seit dreiunddreißig Jahren keinen Krieg in Europa gehabt haben, darauf, daß überhaupt ein Krieg kaum mehr zu erwarten sei. Er nennt es eine Tatsache, daß ein langer Friede die beste Armee kriegsuntauglich mache. Hat man denn ganz vergessen, daß Preußen von 1815 bis 1864, also fast fünfzig Jahre lang, abgesehen von den Kämpfen der Revolutionsjahre 1848/49, Frieden gehabt hat? Trotz alledem war Preußen 1864, 1866 und 1870/71 überall Sieger. Wodurch kamen die Erfolge? Doch einfach dadurch, daß man in Preußen verstand, die Friedensarbeit richtig auszunutzen und in den Manövern alles für den Krieg zu lehren, was man überhaupt im Frieden lehren kann. Wenn also der Verfasser der zuletzt genannten Schrift behauptet, die alljährlichen Manöver glichen großen Generalproben, böten aber bei den großen technischen Veränderungen, die seit dem letzten Kriege eingeführt worden seien, nicht den geringsten Anhalt für die Wirklichkeit, so hat er Unrecht. So gut die preussischen Manöver in den fünfzig Jahren vor 1864 ihren Zweck wirklich kriegsmäßiger Ausbildung der Mannschaft und der Führer erfüllten, ebenso gut werden

es auch die jetzigen Manöver tun. Daß die großen technischen Veränderungen bei unsern Manövern nicht berücksichtigt werden, ist unrichtig. Denn Automobile, Fahrräder, Maschinengewehre, Telegraphie, Telephonie und alle möglichen Signalarten werden in unsern Manövern reichlich verwandt. Daß unsre Manöver nicht als bloße Schauspiele angesehen werden, beweist schon der Umstand, daß alle Großstaaten, namentlich aber England und Frankreich, immer höhere Offiziere ihrer Armeen zu diesen Manövern befehlen.

Die genannte Schrift „Weder Jena noch Sedan“ kommt auch auf den Gedanken der Abrüstung, glaubt aber und gewiß mit Recht, daß es schwer sein würde, alle Staaten zu einer gleichzeitigen Abrüstung zu bewegen, und ist der Ansicht, daß die Abrüstung eines einzelnen Staates ein Unding sei. Es ist merkwürdig, daß der Begriff unsers auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Heeres immer noch nicht in die weitesten Kreise gedrungen ist. Wie ich in meinem Aufsatze in den Grenzboten von 1898 „Zur Abrüstungsfrage“ schon betont habe, kann bei den auf allgemeiner Wehrpflicht beruhenden Heeren von einer Abrüstung überhaupt nicht die Rede sein. Unser Heer ist kein Söldnerheer, das man durch Anwerbung jeden Tag vergrößern, durch Entlassung jeden Tag verkleinern kann. Unser Heer ist eine Schule des Volkes zur Erziehung des Charakters, der Entscheidungsfähigkeit und zur Ausbildung des Körpers. Neben unsrer allgemeinen Wehrpflicht steht, wie ich auch schon mehrfach erwähnt habe, die allgemeine Schulpflicht, überhaupt unsre systematische geistige Ausbildung.

Nun will der Verfasser allerdings die Abrüstung auch nicht durch eine Verminderung der Heere bewirken, sondern durch eine völlige Reform der Heeresorganisation. Er will nur ein Verteidigungsheer haben und kommt schließlich auf Miliz. Die Miliz soll „das Offizierkorps vollständig regenerieren und ihm trotz der mangelnden Kriege die Berufsfreudigkeit geben.“ Ja, aber unsre allgemeine Wehrpflicht stellt ja doch nur auch ein Milizheer auf, selbstverständlich aber ein solches, das eine Dienstzeit verlangt, die zur völligen Ausbildung genügt. Von einer Dienstzeit von einigen Wochen, die der Verfasser als genügend für die Miliz bezeichnet, um ein Verteidigungsheer auszubilden, kann keine Rede sein. Was Milizheere leisten, reicht weder für Verteidigungs- und noch viel weniger für Angriffs-kriege aus. Das zeigt uns der Burenkrieg in Transvaal und zeigen uns die Mobilgardenhäere Gambettas im letzten französischen Kriege. Und diese Mobilgardisten hatten die wenigen Wochen ihrer Ausbildung sogar in kriegsmäßigem Zustande durchgemacht. Und dann vergißt der Verfasser, daß eine wirksame Verteidigung ohne energischen Angriff überhaupt nicht geführt werden kann; also mit einem nur für die Verteidigung ausgebildeten Heere ist niemand geholfen.

Daß die Beziehungen der Staaten in Europa zueinander, die Staaten-symbiose, das Zusammenleben der Staaten, wie der Verfasser sagt, Kriege seltner macht, ist richtig. Die Symbiose ist eine Folge von Eisenbahnen, Telegraphen usw., wodurch die Entfernungen gekürzt und die Völker näher aneinander gebracht werden, wodurch auch ihre Interessen mehr und mehr dieselben sind. Wenn früher ein Ritter gegen den Besitzer seiner Nachbarburg, eine Stadt gegen die andre Fehde führte, so berührte das die auf wenig Stunden entfernten andern Burgen und Städte nicht. Jetzt ist das anders. Der Krieg in Transvaal übte seinen Einfluß auf Handelsbeziehungen auch in Europa aus, und schon der Anfang des Krieges zwischen Rußland und Japan macht sich an unsrer Börse bemerkbar. Wenn also bei den heutigen Kriegen Freund und Feind und sogar Unbeteiligte Not leiden, so wird man Kriege immer mehr zu vermeiden suchen und zwischen europäischen Staaten in Europa selbst so wenig wie möglich führen.

Das schließt aber nicht aus, daß wir unser Heer in andern Erdteilen brauchen. Die Unrichtigkeit der Annahme, daß gerade unser Heer, wie man aus den „Jena und Sedan“-Schriften schließen könnte, nicht mehr auf der Höhe wäre, beweist die Expedition nach China unter Generalfeldmarschall Graf Waldersee, wo in unglaublich kurzer Zeit eine ganze Division aus lauter Freiwilligen zusammengestellt und mit

allen Vorräten usw. auf eignen deutschen Schiffen nach China entsandt werden konnte. Welches Ansehen Deutschlands Heerwesen im Auslande genießt, geht daraus hervor, daß sich alle Staaten, die an dem Feldzuge teilnahmen, sogar Frankreich, wenn auch ungern, unter den Oberbefehl des Grafen Waldersee stellten. Eine ebenso vorzügliche Leistung war vor einigen Wochen die Sendung von Hilfstruppen nach Deutsch-Südwestafrika gegen den Herero-Aufstand. Von einer Verschlechterung unsrer Heereseinrichtungen kann also keine Rede sein. Immerhin sollen uns die Schriften als Warnung dienen, denn schon in der Bibel heißt es: „Wer sich dünket, er stehe, der sehe wohl zu, daß er nicht falle!“

Glücklicherweise sind aber neben den vielen Romanen, Schriften und Witzblättern, die mit Behagen Mißstände und Lächerlichkeiten aus dem Heere und aus dem Offizierkorps in die Öffentlichkeit bringen, auch Zeitungsstimmen und Schriften erschienen, die diesen Bestrebungen mit Ernst entgegentreten. So sagt Fedor von Zobeltitz in der Neuen Freien Presse, es wäre doch endlich Zeit, daß Witzblätter wie *Simplicissimus*, *Lustige Blätter* usw. ihre Spötereien gegen den deutschen Offizier einstellen. Er zeichnet in kurzen Worten die ernste und aufreibende Tätigkeit der heutigen Offiziere bei der Ausbildung unsrer Truppen. Möchten sich das die Spötter über unser Heerwesen endlich einmal vor Augen halten! Und eine bei E. S. Mittler in Berlin erschienene Broschüre, die offenbar der Feder eines älteren, erfahrenen Offiziers entstammt und auch den Titel „Jena oder Sedan. Ein Wort zur Abwehr“ führt, tritt Beyerleins Schriften in ruhiger, sachgemäßer Weise und auf die Geschichte des Heeres gestützt entgegen. Diese Schrift, die hoffentlich weite Verbreitung findet und jedermann empfohlen sei, schließt mit den Worten: „Laß dich nicht heirren, du deutsches Heer! Sammle und stärke die Kräfte deines Vaterlandes; das sei und bleibe dein heiliges Amt! Tue unverdrossen deine Pflicht, unbekümmert darum, ob und wann du einst deine Kraft wirst beweisen können, und laß andre sich den Kopf darüber zerbrechen, ob deine ruhmreichen Fahnen einem Jena oder einem Sedan entgegenwehen!“

C. v. H.

Vom Sparen. Bei verschiedenen Gelegenheiten haben wir, von List und Rodbertus belehrt, nachgewiesen, daß die Sparsamkeit, eine so löbliche Privattugend sie auch sein mag, als allgemeine Gewohnheit das Volk nicht reich, sondern arm macht. Ein Amerikaner nun hat jetzt, in Einzelheiten eingehend, diese Wahrheit kalkulatorisch nachgewiesen und gezeigt, wie jedes Sparen von dem Augenblick an, wo das Ersparte nicht mehr in Kapital verwandelt, d. i. produktiv verwandt werden kann, bestimmte andre Personen und das ganze Volk ärmer macht, während der Verschwender meist nur sich und seine Angehörigen schädigt, der Volkswirtschaft aber nützt. Das Schriftchen ist mit einem Kommentar von Adolf Wagner in Brooklyn ohne Angabe des Verlegers herausgekommen: „Depressionsperioden und ihre einheitliche Ursache von J. J. D. Lahn, Verfasser von: Kreislauf des Geldes und Mechanismus des Soziallebens. Brooklyn, N. Y., 1903. Prof. Ad. Wagners Kommentar zu den Seiten 62 bis 67.“ Die einheitliche Ursache der Depressionen ist eben das Zurückbleiben des Verbrauchs hinter der Produktion. Wagner schreibt: „Ich räume ein, was ich früher mehr bestritt, daß der Verfasser einen sonst vernachlässigten Punkt richtig aufgedeckt hat.“ Für uns Deutsche ist am wichtigsten, was auf Seite 57 steht: „Eine Depressionsperiode wird um so rascher überwunden, je rascher die Chancen für erneute umfangreiche und andauernde Kapitalbildung heranreifen. Hier zeigt sich hauptsächlich die Zunahme der Bevölkerung als bestimmender Faktor, denn mit dem Anwachsen der Volkszahl steigt das Bedürfnis nach neuen Häusern, Fabriken usw., und dieses Bedürfnis bildet die Grundlage für neue Kapitalbildung. Beim Beginn der Depression möchte die Bevölkerung nicht groß genug sein, die Masse des vorhandenen Kapitals in Betrieb zu erhalten; hat sich aber nach einer Reihe von Jahren die Volkszahl bedeutend vergrößert, und dazu der Umfang des Kapitals eher vermindert als vermehrt, so ist die Zeit für den Umschwung herangereift. — In einem Lande wie den Vereinigten Staaten,

wo die Bevölkerungszahl noch weit von der Ernährungsgrenze abliegt und sich für den Aufbau neuen Kapitals überaus zahlreiche Gelegenheiten bieten, wird eine Depression, die sich infolge überstürzter Kapitalbildung einstellt, viel rascher überwunden werden als etwa in Deutschland, wo die Ernährungsgrenze schon überschritten ist, und die Gelegenheiten für den Aufbau neuen Kapitals verhältnismäßig selten geworden sind. Im allgemeinen darf man annehmen, daß je mehr Kapital schon aufgebaut ist, desto weniger aufzubauen übrig bleibt."

Hier wäre der Ort gewesen, die Zustände zu beschreiben, die sich in einem überbevölkerten Land entwickeln. Ist seine Bevölkerung so rege und energisch wie die deutsche, und sind überdies seine Staatseinrichtungen darauf berechnet, allgemeine Tätigkeit zu erzwingen, so tritt eine Stockung, die allgemeine Arbeitslosigkeit zur Folge hätte, noch nicht sofort ein, und die Kapitalbildung schreitet noch eine Zeit lang fort. Aber viele von den Gütern, die mit den neuen Kapitalien erzeugt werden, sind von geringem Wert, und der in Geld berechnete Reichtum des Volks ist zu einem großen Teil Scheinreichtum. Der Durchschnittsangehörige dieses Volks hat zu wenig Natur und Naturerzeugnisse — diese aber sind die beglückenden, darum wahrhaft wertvollen — und dafür so viel Kunstserzeugnisse, daß sie ihm zur Last werden. Er hat zu wenig Wohnraum, reine Luft, kostenloses reines Wasser, Garten, Spielraum, Fleisch, Milch, Eier, Obst, dafür zu viel Bier, Schnaps, Tabak, „Costümes“, Ansichtskarten, Nippjachen, unbrauchbaren, bloß der Mode wegen angeschafften Hausrat, Literatur und Zeitungschund. In den konservativen Zeitungen wird augenblicklich über den durch den Göken „standesgemäß“ erzwungenen Luxus der Offiziere und der mittlern Beamten gejammert und die Rückkehr zur altpreussischen Einfachheit gepredigt. Volkswirtschaftlich angesehen bedeutet dieser Jammer: die produktiven Stände haben die Wahl, ob sie durch die Rückkehr der Konsumenten zur Einfachheit ruiniert werden wollen oder durch einen Steuerdruck, der es durch fortwährende Steigerung der Besoldungen den Offizieren und Beamten möglich macht, in immer luxuriöserer Lebensführung mit dem Wachstum des Produktivkapitals gleichen Schritt zu halten. Auch die vermehrten Ansprüche an die Equipierung, von denen behauptet wird, daß sie für sich allein schon hinreichen, einen ganz soliden aber mittellofen Leutnant zugrunde zu richten, sind auf mehr oder weniger unbewußte Anpassung an das steigende Absatzbedürfnis der Industrie zurückzuführen.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wih. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig



Mundhygienische Trilogie.